Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 88
Postscheckkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: ¼ jährlich 3.00 M., bei Postbezug 3.00 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: mit „Aus großer Zeit" 45 Pfg. mehr. Preis der 1spalt. Kleinzeile für Stadt u. Landkreis Herford 20 Pfg., sonst 30 Pfg. Reklamen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 271 — Herford, Montag, den 18. November — 1918

Die neue Partei.

Es war zu erwarten, daß der Sturmwind der Revolution, der die Dynastien und die Reichseinrichtungen hinwegfegte, nicht vor den ehrwürdigen Gebäuden der politischen Parteien Halt machen würde. So ist es nicht zu verwundern, daß jetzt eine Anzahl sehr hervorragender Männer des öffentlichen Lebens mit dem Aufruf zur Gründung einer neuen Partei an die Oeffentlichkeit tritt. Aber offenbar will man das politische Leben nicht um eine neue Partei vermehren, sondern im Gegenteil einigend und zusammenfassend wirken. Der Aufruf zur Begründung der großen demokratischen Partei für das einige Deutsche Reich ist unterschrieben von bisherigen Nationalliberalen, wie den Abgeordneten Junck, List, Richthofen, Grund, aber auch von Fortschrittlern, wie dem Minister Fischbeck, dem Bergrat Gothein, Dr. Dove und anderen. Daneben sind Namen mit unverfälscht demokratischen Klang. Helmut von Gerlach steht ebenso darunter wie Frau Theodor Barth. Daneben findet man Persönlichkeiten, wie den früheren Staatssekretär Dernburg, den Prof. Alfred Weber, den früheren Oberbürgermeister Richard Witting und den Chefredakteur Theodor Wolff vom „Berliner Tageblatt". Daß aber auch starke Massen der neuen demokratischen Partei Gefolgschaft leisten werden, dafür bürgen die Unterschriften des Generalsekretärs der Postunterbeamten, des Vorsitzenden des Werkmeisterverbandes Groß-Berlin, sowie des Vorsitzenden des Verbandes der deutschen Gewerkvereine Gustav Hartmann.

Die neue Partei spannt also ihren Rahmen von den Nationalliberalen bis zu den Leuten der ehemaligen demokratischen Vereinigung. Das ist außerordentlich zu begrüßen, denn in dieser Zeit tut dem Bürgertum ein geschlossenes Zusammengehen bitter not. Aber naturgeäß kann es sich heute nicht mehr um eine Sammlungspolitik alten Stils handeln, sondern im vorliegenden Falle haben wir es ausschließlich mit einer Sammlung bürgerlich-demokratischer Elemente zu tun, die ihre Zeit verstanden haben. Der Riß im nichtsozialdemokratischen Lager geht bis zu den Nationalliberalen, und man darf hoffen, daß die Einzelverbände der beiden liberalen Parteien sowie der Restbestand der demokratischen Organisationen nunmehr durchweg in der neuen Partei aufgehen werden. Es würde sich dann beim liberal-demokratischen Block dasselbe vollziehen, wie im Reich. Die Spitzen, die vielfach versagt haben, verfielen der Ausscheidung, aber die organisierten Klassen fänden sich zu einem neuen Parteigefüge mit entschieden demokratischem Programm zusammen. Das Programm der neuen Partei wird in dem ersten Aufruf nur in kurzen Zügen angedeutet. Sie stellt sich auf den Boden der republikanischen Staatsreform und verlangt, daß eine unter allen nötigen Garantien gewählte Nationalversammlung die Entscheidung über die Verfassung treffen muß. Sie fordert eine neue soziale und wirtschaftliche Politik und verlangt für monopolistisch entwickelte Wirtschaftsgebiete die Idee der Sozialisierung aufzunehmen, die Staatsdomänen aufzuteilen, eine soziale Steuerpolitik, und eine demokratische Arbeiter-Angestellten- und Beamtenpolitik. Möge das Bürgertum sich um die deutsche Partei sammeln.

K.

Der Generalsoldatenrat im 7. Armeekorps.

Der Generalsoldatenrat für den Bezirk des 7. Armeekorps bringt mit Zustimmung der Delegierten der Garnisonsoldatenräte, die bei der am 13. November in Münster abgehaltenen Delegiertenversammlung anwesend waren, Nachstehendes zur Kenntnis der Bevölkerung:

Organisation der Soldatenräte im Bezirk des 7. Armeekorps.

1. Beim Generalkommando in Münster ist ein „General-Soldatenrat für den Bezirk des 7. A.-K." eingerichtet worden. Er besteht zunächst aus 10 Mitgliedern, die den engeren General-Soldatenrat bilden. Dieser veranlaßt die erforderlichen Anordnungen für den Bezirk des 7. A.-K. und übt die Kontrolle über den gesamten Dienstbetrieb beim Generalkommando aus. Alle Beschlüsse grundsätzlicher Art sind jedoch nicht von dem erweiterten General-Soldatenrat zu beschließen, der auch dem engeren oder geschäftsführenden Soldatenrat die erforderlichen Richtlinien für seine Tätigkeit gibt. Der erweiterte Soldatenrat wird dadurch gebildet, daß zu dem engeren General-Soldatenrat ein oder mehrere Delegierte jedes Garnison-Soldatenrates (künftig Bezirks-Soldatenrat genannt) hinzutreten.

Mit Wahrnehmung der Geschäfte des General-Soldatenrats des 7. A.-K. ist durch die Delegierten-Versammlung der Soldatenräte im Bezirk des 7. A.-K. einstweilen der Bezirks-Soldatenrat Münster beauftragt worden. Dieser wird die Geschäfte nur solange führen, bis der General-Soldatenrat ordnungsmäßig gewählt worden ist.

2. Für jeden Landwehrbezirk wird ein Bezirks-Soldatenrat eingesetzt. (In Düsseldorf, Bochum, Essen u. Dortmund, wo zwei Bezirks-Kommandos bestehen, kommt trotzdem nur ein Bezirks-Soldatenrat in Betracht.) Diese am Sitz der Bezirks-Kommandos befindlichen Soldatenräte haben die Aufsicht und volle Verantwortung für ihren ganzen Bezirk, ganz besonders auch für den Sicherheitsdienst und haben die für ihren Bezirk etwa erforderlichen Anordnungen zu treffen. Alle übrigen, jetzt noch bestehenden Soldatenräte sind in Delegationen umzuwandeln. Ihre Mitglieder treten als Delegierte zu dem am Sitz des Bezirkskommandos befindlichen zuständigen Bezirks-Soldatenrats oder sind als Mitglieder in diesen Soldatenrat aufzunehmen.
Die Bezirks-Soldatenräte sind durch die Delegierten der in Betracht kommenden Formationen und Behörden gewählt worden. Die Stärke der Bezirks-Soldatenräte richtet sich nach dem vorhandenen Bedarf. Sie ist je nach der Bedeutung des betreffenden Landwehrbezirks und der Stärke der darin vorhandenen Garnisonen verschieden. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Bezirks-Soldatenrat an einem wichtigen Ort seines Bezirks Mitglieder des Bezirks-Soldatenrats zum ständigen Aufenthalt entsendet.

3. Bei jeder Kompagnie, Eskadron u. Batterie, bei jedem Stabe und bei jeder Militärbehörde sind ein oder mehrere Delegierte gewählt worden bezw. wo dies nicht geschehen, sofort zu wählen. Aus diesen Delegierten heraus bildet sich der erweiterte Bezirks-Soldatenrat, der nach Bedarf einberufen wird und dem engeren oder geschäftsführenden Bezirks-Soldatenrat seine Richtlinien gibt. Die Delegierten bei den Truppen und Behörden haben die Interessen der Mannschaften nach jeder Richtung hin zu vertreten. Alle Anordnungen, namentlich die, die sich auf Dienst, Unterkunft, Verpflegung, Bekleidung und Urlaub beziehen, dürfen von dem betr. Vorgesetzten nur mit Zustimmung eines Delegierten getroffen werden. Die zur Aufrechterhaltung der Ordnung unbedingt notwendige Strafgewalt wird durch Mehrheitsbeschluß aller Delegierten ausgeübt.

4. Bei a) der Intendantur, b) dem Sanitätsamt, c) dem Kriegsamt, d) der Inspektion der Gefangenenlager, e) dem Versorgungsamt ist durch Wahl der bei ihm befindlichen Militärpersonen und Beamten ein Fachausschuß von mehreren Personen zu bilden, dessen Aufgabe es ist, den technischen Betrieb dieser Stellen mit zu überwachen. Die Mitglieder der Fachausschüsse wählen unter sich einen Vorstand, der dem General-Soldatenrat des 7. A.-K. gegenüber als Vertrauensmann fungiert.

5. Um Mißbrauch zu verhindern, werden sämtliche Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte einen Ausweis erhalten, dessen Form noch mitgeteilt wird. Nur die Inhaber dieses Ausweises sind als Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats anzuerkennen und berechtigt, im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats zu handeln.

Die Ausweise sind numeriert und tragen die eigenhändige Unterschrift des Inhabers, damit derselbe erforderlichenfalls in der Lage ist, seine Identität durch Vollziehen der Unterschrift nachzuweisen. Es ist beabsichtigt, die Namensunterschrift durch ein Lichtbild des Inhabers zu ersetzen. Der Ausweis selbst sowie gegebenenfalls das Lichtbild sind zu stempeln.

6. Sämtliche Bezirks-Soldatenräte (23 an der Zahl) werden ersucht, in den Blättern ihres Landwehrbezirks, nötigenfalls auch durch Anschlag ihre Zusammensetzung, das heißt also die Namen ihrer Mitglieder öffentlich bekannt zu geben, womöglich auch das Faksimile ihrer Unterschrift.

7. Die Geschäfte des Garnison-Kommandos sind von der bisherigen Stelle weiterzuversehen.

8. Die Bezirks-Soldatenräte üben ihre Tätigkeit am Orte des Bezirks-Kommandos aus. Soweit erforderlich, nehmen sie dazu mit den in ihrem Bezirk befindlichen Garnison-Kommandos Verbindung und überwachen deren Tätigkeit.

9. Jeder Bezirks-Soldatenrat meldet bis auf weiteres jeden Abend zwischen 8 und 10 Uhr telegraphisch (Tages) den Zustand in seinem Bezirk, und ob sich besondere Vorfälle ereignet haben. In ganz wichtigen Fällen ist sofort telephonisch zu berichten.

Münster, den 14. November 1918.

Im Auftrage: Buse, Engel.

Der Bundesrat bleibt bestehen.

wtb. **Berlin**, 16. Nov. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht folgende Verordnung über die Ermächtigung des Bundesrates zur Ausübung von Verwaltungsbefugnissen:

§ 1. Der Bundesrat wird ermächtigt, die ihm nach Gesetzen und Verordnungen des Reiches zustehenden Verwaltungsbefugnisse auch fernerhin auszuüben.

§ 2. Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit ihrer Verkündigung in Kraft.

Berlin, 14. November 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haase.

Der Staatssekretär des Innern: J. V. Dr. Lewald.

Die holländischen Sozialisten gegen die Gewalt.

wtb. **Haag**, 16. Nov. Der 2. Vorsitzende der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schaper hat in der gestrigen Sitzung der 2. Kammer Troelstra vollständig verleugnet. Er erklärte, die sozialdemokratische Arbeiterpartei wünsche keine Gewalt, sie wünscht die notwendigen Reformen auf demokratische und geordneter Grundlage. Sie wolle auch keine Arbeiter- und Soldatenräte. Schaper sprach im Namen der ganzen sozialdemokratischen Kammerfraktion.

Abtransport der Deutschen aus Polen.

wtb. **Berlin**, 16. Nov. In Deutsch-Eylau ist heute aus Warschau der erste Heimtransport mit 800 deutschen Frauen und 100 Beamten eingetroffen. In Warschau ist alles ruhig. Die Deutschen sind wohlbehalten. Der weitere Heimtransport der Deutschen ist geregelt.

wtb. **Neidenburg**, 16. Nov. Als Vertreter des Soldatenrates Warschau zwecks Weiterleitung der Truppentransporte nach der Grenze entsandt, finde ich in den deutschen Zeitungen Nachrichten über das Schicksal meiner Kameraden, die im höchsten Grade geeignet sind, die Angehörigen zu beunruhigen. Ich stelle nochmals fest, daß ein gesicherter Abtransport begonnen hat und keinerlei Veranlassung zur Beunruhigung vorliegt. Im Auftrage des Soldatenrates Warschau: Wagner.

Die Besetzung von Elsaß-Lothringen.

wtb. **Straßburg**, 16. Nov. Wie zuverlässig verlautet, rückt die französische Armee mit dem morgigen Tage auf einer Linie vor, die sich über einen großen Teil Lothringens von Esch-Hagendingen-St. Avold in Gegend von Hochfelden und weiterhin zwischen Mosheim und Straßburg durch nach Schlettstadt, die von Franzosen besetzt wird, erstreckt und schließlich gegen den Rhein verläuft. In Mühlhausen ist gestern vormittag eine französische Division eingerückt. Kolmar soll heute von den Franzosen besetzt worden sein. Die französischen Behörden erwarten, daß die industriellen Betriebe, Handel und Verkehr in Elsaß-Lothringen voll aufrechterhalten werden und daher auch die alten deutschen Beamten, Angestellten und Arbeiter auf ihren Posten bleiben, denen jeder Schutz für Leben und Eigentum zugesichert wird. Am 21. November muß das ganze Elsaß mit Einschluß Straßburgs von den deutschen Truppen geräumt sein.

Die auszuliefernden Schlachtschiffe.

wtb. **London**, 16. Nov. Das Reutersche Büro erfährt, daß der deutsche Kreuzer „Königsberg" unter dem Befehl des Admirals Meurer mit der aus 3 Marineoffizieren und 4 Mitgliedern des Matrosen- und Soldatenrates bestehenden Kommission an Bord heute abend am Treffpunkt vor dem Forth of Forth mit dem britischen Oberkommandierenden, der von französischen und amerikanischen Schiffen begleitet sein wird, zusammenkommen wird, um die Einzelheiten der Auslieferung der Ueberwasserschiffe und U-Boote zu vereinbaren. Die 10 auszuliefernden Schlachtschiffe werden wahrscheinlich folgende sein: „Kaiser", „Prinzregent Luitpold", „Kaiserin", „König Albert", „Markgraf", Kronprinz Wilhelm", „Großer Kurfürst", „Bayern", „Friedrich der Große" und „König". Außerdem 6 Panzerkreuzer, nämlich: „Derfflinger", „Hindenburg", „v. d. Tann", „Seydlitz", „Moltke" und noch ein anderer. Unter den auszuliefernden leichten Kreuzern werden sich der „Brummer" und die „Bremse" befinden. Die seit Beginn des Waffenstillstandes in Schweden internierten deutschen U-Boote müssen den Alliierten übergeben werden. Außerdem werden Vorkehrungen zur Uebernahme aller deutschen Schiffe im Schwarzen Meer getroffen.

Der Großherzog von Mecklenburg in Kopenhagen.

wtb. **Kopenhagen**, 17. Nov. Der frühere Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin mit Gemahlin und 2 Söhnen ist gestern abend hier mit dem Berliner Zuge eingetroffen und vom König und der Königsfamilie empfangen worden.

Kein Eingriff in die Unabhängigkeit der Gerichte.

wtb. **Berlin**, 16. Nov. Im Anschluß an die Verfügung der preußischen Regierung vom 14. November über die Zuständigkeit der Behörden weisen wir darauf hin, daß die Unabhängigkeit der Gerichte nicht angetastet werden darf. Es ist daher unzulässig, wenn seitens eines Arbeiter- und Soldatenrates, wie es vorgekommen ist, angeordnet wird, daß die Urteile der Gerichte dem A.- u. S.-Rat zur Genehmigung vorzulegen sind.

Die preußische Regierung.
Hirsch, Stroebel, Braun, Eugen Ernst.

Männer und Frauen! Soldaten und Matrosen!

Das höchste Gut des Volkes ist seine Gesundheit. Der Volksgesundheit droht schwerste Gefahr, wenn bei der schnellen Demobilmachung Seuchen und andere ansteckende Krankheiten auftreten, oder gar sich häufen.

Diese ungeheure Gefahr muß sofort abgewendet werden. Jeder Soldat, bei dem der Verdacht einer ansteckenden Krankheit besteht, suche sofort einen Arzt oder das Lazarett auf, und verbleibe solange in der Behandlung, bis der Arzt ihm sagt, daß sein Leiden nicht mehr ansteckend ist. Die bewährten Maßnahmen der Heeresverwaltung sind aufs peinlichste zu befolgen.

Wer verlaust ist, sorge für schleunige Entlausung. Ansteckende Krankheiten sind besonders: Fleckfieber, Ruhr, Cholera, Typhus, Diphterie und die Geschlechtskrankheiten.

Wer sich nicht in Behandlung begibt oder das Lazarett vorzeitig verläßt, versündigt sich schwer, 1. an sich selbst, weil sein Leiden später schwer oder garnicht zu heilen ist, 2. an seiner Familie und seinen Angehörigen, die er mit Ansteckung schwer bedroht, 3. an der Gesundheit des ganzen Volkes.

Das ist der Rat, den Euch erfahrene und um das Volkswohl besorgte Aerzte geben.

(Es folgen die Unterschriften von 16 Aerzten.)

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.
Molkenbuhr. Richard Müller.
Die Bevollmächtigten des Vollzugsrates. Gerson. Wagner.

Großadmiral v. Tirpitz in der Schweiz.

TU. **Frankfurt a. M.**, 16. Nov. Der Großadmiral v. Tirpitz ist einige Tage vor dem Ausbruch der Revolution von Berlin in aller Stille abgereist.

Von der ehemaligen Kaiserfamilie.

TU. **Bonn**, 16. Nov. In Paris ist das Gerücht verbreitet, Exkaiser Wilhelm II. habe die Genehmigung nachgesucht, nach Korfu überzusiedeln.

TU. **Berlin**, 16. Nov. Wie dem „Berl. Tgbl." mitgeteilt wird, siedelte der frühere deutsche Kronprinz von Hilligenraad, wohin er sich nach seiner Ankunft in Holland begeben hatte, auf eine Insel in der Zuidersee über, die ihm von der holländischen Regierung angewiesen worden ist. Der Aufenthalt des Kronprinzen in Hilligenraad hat nur einen Tag gedauert. Die Abreise erfolgte, weil die Besitzerin des betr. Hauses für die Sicherheit des Kronprinzen keinerlei Garantie übernehmen zu können erklärte.

Entgegen den von holländischer Seite mit großer Bestimmtheit verbreiteten Nachrichten ist aus der Reise der Kaiserin überhaupt nichts geworden, der betreffende Zug hat Berlin überhaupt nicht verlassen.

Gesunkenes französisches Kriegsschiff.

Die Blätter melden: In hiesigen Marinekreisen ist die Nachricht eingetroffen, daß das französische Kriegsschiff „Waldeck Rousseau" beim Einlaufen in Boche di Cattaro auf eine Mine gestoßen und gesunken ist. Der größte Teil der Bemannung wurde gerettet. wtb.

An die landwirtschaftliche Bevölkerung!

Die Lieferungen an Lebensmittel, die durch die bestehenden Vorschriften zur Sicherung der Volksernährung den Landwirten auferlegt sind müssen nach wie vor regelmäßig und in voller Höhe erfüllt werden. Nur das schützt das deutsche Volk vor noch größere Not und die landwirtschaftliche Bevölkerung vor der Gefahr, daß ihr rechtswidrig mehr genommen wird, als sie jetzt pflichtgemäß zur Ablieferung zu bringen hat. Wenn die heimkehrenden Truppen und die städtische Bevölkerung darben, weil die Vorräte von den Landwirten zurückgehalten werden, so besteht die Gefahr, daß ihnen mit Gewalt mehr genommen wird, als sie zu liefern verpflichtet sind.

Landwirte erfüllt deshalb Eure Pflicht!

Alle Organisationen der Landwirte und alle landwirtschaftlichen Behörden werden ersucht, in diesem Sinne zu wirken. wtb.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.
gez. Wurm.

Das preußische Landwirtschaftsministerium.
gez. Braun. Hofer.

Die Zukunft des Liberalismus.

Auch in der neuen sozialen Republik wird der Liberalismus nicht entbehrlich sein. Er sieht sich hier erst recht vor große Aufgaben gestellt. Bei den letzten Reichstagswahlen sind in runden Zahlen von 14,4 Millionen Wählern 12,2 Millionen gültige Stimmen abgegeben worden. Von diesen haben die Sozialdemokraten 4 250 000 Stimmen erhalten. Für das Zentrum sind 1 997 000 Stimmen abgegeben worden. Für die Konservativen und ihre Anhängsel, die in fünf oder sechs verschiedene Gruppen zerfallen, traten 1 849 000 Wähler ein. Für die Polen wurden 441 000 Stimmen abgegeben. Auf kleine Gruppen und der Parteirichtung nach unbestimmte Kandidaten fielen noch 499 000 Wähler. Die Fortschrittliche Volkspartei brachte 1 497 000 Stimmen auf, die Nationalliberalen 1 662 000. Die beiden liberalen Parteien sind im Wahlkampf von 1912 auf Grund genau festgelegter Wahlabkommen bis auf wenige Ausnahmen überall im Reich gemeinsam vorgegangen, sodaß in den Stimmen für nationalliberale Kandidaten vielfach Stimmen fortschrittlicher Wähler enthalten sind und umgekehrt. Beide liberale Parteien hatten bei den letzten Reichstagswahlen 3 159 000 Wähler hinter sich, erheblich mehr als irgend eine nicht sozialdemokratische Partei. Gewählt wurden 42 Reichstagsabgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei und 45 Nationalliberale. Im Laufe der Legislaturperiode hat die Fortschrittliche Volkspartei vier neue Mandate erobert, sodaß die beiden liberalen Parteien jetzt mit 91 Reichstagsmandaten, stärker als das über 90 Mandate verfügende Zentrum, zusammen an zweiter Stelle stehen hinter den sozialdemokratischen Gruppen, die 110 Mandate besitzen.

Auch wenn die Revolution nicht gekommen wäre, hätten die politischen Parteien ihre Arbeit nicht einfach wieder in der alten Weise wie vor dem Kriege aufnehmen können. Sie hätten das Verhältnis zu einander, aber auch das Gefüge der eigenen Organisation einer genauen Prüfung unterziehen müssen. Die neue Zeit, die jetzt angebrochen ist, stellt auch den Liberalismus vor neue Aufgaben. Er kann sich der Prüfung der Frage nicht entziehen, ob er diese Aufgaben nicht mit mehr Aussicht auf Erfolg lösen kann, wenn die beiden liberalen Parteien in ein engeres Verhältnis zu einander treten. L. C.

Herford und Minden-Ravensberg.

18 November.

Seid ritterlich gegen den Kaiser!

(Eine Bitte an alle Arbeiter- und Soldatenräte.

Es gilt unter allen Menschen als ein Erziehungsmangel, einen Menschen im Unglück zu verspotten. Vollends unfein ist es, dem sterbenden Feind noch einen Fußtritt zu geben. Darum bedeutet es eine Unritterlichkeit für unser deutsches Volk, wenn jetzt der Kaiser, über dessen Leben, rein menschlich angesehen, die erschütterndste Tragik waltet, eine Zielscheibe des Spottes wird. Jeder anständige Mensch, welche politische Stellung er auch immer vertritt, muß sich abgestoßen fühlen von der Art, wie weiteste Kreise über "Willem" sprechen und die Jugend auf der Straße Spottlieder auf ihn singt. Selbst ausgesprochene Republikaner, die schon immer des Kaisers Gegner waren, werden nur Verachtung empfinden gegen die, welche heute feige abschütteln, was sie gestern noch geehrt, die sich heute ihrer Kaisertreue schämen, mit der sie gestern noch geprahlt haben. Dagegen wird jeder aufrichtige Mann, auch der überzeugte Anhänger der neuen Regierung, Hochachtung haben für jeden, der auch von einem gestürzten Kaiser mit männlicher Würde spricht.

Es wäre eine Selbsterniedrigung Deutschlands, wenn es den früheren Kaiser jetzt zum Kinderspott werden ließen. Die Soldaten- und Arbeiterräte haben den Schutz und die Aufrechterhaltung der Ordnung übernommen. Damit erwächst ihnen die Pflicht der Ritterlichkeit und des Anstands gegen ihren gestürzten Gegner, öffentlich kundzutun, daß jeder Spott und Hohn über den Kaiser nicht im Sinne der neuen Regierung.

Einen Ruhm wird niemand in der Welt dem Kaiser nehmen können: daß er allzeit vollendete Ritterlichkeit geübt hat. Drum darf er jetzt von denen, die sein Erbe übernommen haben, auch ritterlichen Schutz erwarten.

Die dringlichsten Aufgaben der Arbeiter- und Soldatenräte.

Im Lande sind allerlei Nachrichten abenteuerlicher Art verbreitet über die große Flutwelle der heimkehrenden deutschen Truppen, die in voller Auflösung der Heimat zustreben. Es ist allerdings natürlich, daß bei der kurzen Räumungsfrist, die Zurücknahme der deutschen Truppen hinter den Rhein etwas überstürzt erfolgt, und die Revolutionserscheinungen tragen auch nicht dazu bei, die Formationen geschlossen zu erhalten. Damit muß man rechnen. Aber an jenen Gerüchten ist doch auch sehr viel Uebertreibung. Die Deputation des Arbeiter- und Soldatenrates Koblenz hat berichtet, daß die Fronttruppen in mustergültiger Haltung heimkehren und daß sich ihr Abmarsch im allgemeinen planmäßig und in aller Ruhe vollzieht. Nicht ganz so scheinen ja die Verhältnisse in der Etappe zu liegen. Der Reichskanzler Ebert hat am Donnerstag in der Versammlung der Soldatenräte von Groß-Berlin mitgeteilt, daß sich die Etappe aufzulösen beginnt. Damit ist vor allen Dingen die Ernährung der Front außerordentlich gefährdet. Das Chaos der zurückflutenden Massen muß außerdem die Selbstzucht der Mannschaften untergraben. Darum gilt es, daß jeder Soldat sich bemüht, nach Kräften zur Aufrechterhaltung der Ordnung beizutragen. Er kann das am besten tun, wenn er sich zu seiner Formation oder zu seinem Ersatztruppenteil zurückverfügt. Nur dort kann er seine Löhnung erhalten, und auch allein da ist es ihm möglich, anständige Verpflegung zu bekommen. Es ist unbedingt notwendig, daß die fähigeren Elemente in der Armee in diesem Sinne auf ihre Kameraden einwirken.

Sehr viel können aber auch die Arbeiter- und Soldatenräte tun. Sie, die keine unmittelbar militärischen Aufgaben mehr zu erfüllen haben, geben sich jetzt dem so lange künstlich gehemmten Rededrange hin. Aber die volle Freiheit im neuen Deutschland wird ihnen noch sehr viele Möglichkeiten bereiten, sich gründlich auszusprechen. Jetzt gilt es vor allen Dingen zu handeln. Die Soldaten müßten die Demobilisation in ihren Organisationen nach Kräften erleichtern. Im Westen ist in dieser Beziehung schon allerlei geschehen. Längs der Grenze werden militärische Kordons hintereinander aufgestellt. Die nicht formierten Flüchtlinge werden ihrer Formation oder ihrem Ersatztruppenteil zugeführt. Ein großer Sammelpunkt nach dieser Richtung ist der Rhein. An den Rheinbrücken versuchen die Arbeiter- und Soldatenräte, aufgelöste Massen wieder in Ordnung zu bringen. Daneben ist am wichtigsten die Organisation auf den Bahnhöfen.

Es ist ganz unglaublich, wie stark der Drang nach Berlin zu sein scheint. Offenbar besteht bei den Soldaten die Vorstellung, daß man von der Revolution in Berlin noch sehr viel zu sehen bekommt. Die Arbeiter- und Soldatenräte im Lande müssen dieser falschen Meinung nachdrücklich entgegentreten. Die Mannschaften, die über Berlin willkürlich nach Hause eilen, setzen sich allerlei Ungelegenheiten für später aus. Ihre Entlassung muß doch durch ihren Truppenteil bescheinigt sein. Wenn sie Ansprüche zu stellen haben, wird es in vielen Fällen kaum möglich sein, diese später mit Berechtigung zu vertreten, wenn sie nicht ordnungsmäßig von ihrem Truppenteil entlassen worden sind. K.

Heraus mit Kohlen und Koks!

Kalt ist es geworden! Frierend eilen die Menschen durch die Straßen. Glücklich derjenige, der zu Hause eine warme Stube antrifft. Herforder Bürger und Arbeiter sind aber vorhanden, welche über kein Lot Kohlen oder Koks verfügen. Mütter sitzen frierend mit ihren Kindern in ungeheizten Zimmern.

Während Menschen frieren, weil sie weder Kohlen noch Koks haben, lagern in Kellern diese Brennstoffe bei solchen Bürgern, die das Glück hatten, beliefert zu werden, oder welche sich einen Vorrat ansammeln konnten, weil sie mit Gas kochten.

Der Arbeiter- und Soldatenrat will nicht, daß eine Familie friert.

Gemeinsam mit der Ortskohlenstelle erläßt er daher die Aufforderung an die Einwohnerschaft, Kohlen zur Verfügung zu stellen. Wer auch nur einen kleineren Vorrat hat, helfe hier aus, wenn auch nur mit einem Zentner. Der Herr Oberbürgermeister Busse hat sofort seinen gesamten Koksvorrat angeboten. Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats, wollen ihr kleines Quantum, das sie besitzen, mit Freuden teilen.

Bürger und Arbeiter Herfords!

Hunger und Kälte sind aufrührerische Gäste, und diese dürfen bei uns keine Stätte mehr haben. Vom Dienstag ab müssen sie aus Herford verbannt sein.

Strömt zum Rathaus und meldet, was ihr an Kohlen und Koks hergeben könnt.

Bald kommt Zufuhr. Schiffe sind unterwegs und ihr bekommt alles zurück.

Der Arbeiter- u. Soldatenrat der Stadt Herford.
Schlüter.

tu. **Heeresaufträge werden weiter abgenommen.** Der „Köln. Ztg. wird aus Bielefeld berichtet: Nach Mitteilungen des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrats hat der Staatssekretär für die Demobilmachung telegraphisch folgenden Bekanntmachung erlassen: Heeresaufträge werden wie bisher abgenommen und bezahlt.

Die Handelskammer Detmold schreibt uns: Nach einer beim Heeresauftragsamt in Detmold eingegangenen Mitteilung haben die Beschaffungsstellen der Wumba Befehls erhalten, an die sämtlichen beauftragten Lieferer folgendes zu schreiben: 1. Alle Betriebe, welche sich auf Friedensarbeit umstellen können, sollen dies unverzüglich tun und die Heereslieferungen einstellen; 2. diejenigen Betriebe, welche zur Umstellung auf Friedensartikel nicht in der Lage sind, sollen im Rahmen ihrer bisherigen Heeresaufträge weiterarbeiten, jedoch nur in dem Maß, als es die Beschäftigung ihrer Arbeiter unbedingt erforderlich macht.

= **Die Gefahr der Produktionsstockung.** Das dieswöchentliche „Korrespondenzblatt der deutschen Gewerkschaften" zieht die Bilanz der politischen Umwälzungen der vergangenen Woche, warnt aber entschieden davor, diese Umwälzungen allzuweit auf das wirtschaftliche Gebiet übergreifen zu lassen. Es sagt: „Eine vollständige Umwälzung der Wirtschaftsordnung, die in normalen Zeiten vielleicht nur mit geringeren Erschütterungen verknüpft wäre, müßte unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu gänzlicher Lahmlegung der gesamten Produktion führen, da uns sehr viele Kräfte fehlen würden, um Produktion und Absatz rasch wieder in Gang zu bringen. Was eine längere und umfangreiche Produktionsstockung jetzt, nach dem Abschluß des Krieges, bedeuten würde, darüber muß sich vor allem die Arbeiterschaft klar sein. Sie bedeutet Mangel an Kohlen und Lebensmitteln, an Kleidung und Schuhwerk und an allem sonstigen notwendigen Bedarf. Sie bereitet unter der Rückwirkung der Waffenstillstandsbedingungen den gänzlichen Zusammenbruch des deutschen Volkes nicht nur auf Monate, sondern auf Jahre hinaus, sie bedeutet die Erschwerung des gesunden, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufstiegs aus dem Abgrund der Verelendung. Das kann niemand wollen, der es ernst mit dem deutschen Volke und mit der Ueberwindung der schrecklichen Leiden des Krieges meint. Der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens kann auch nicht das Werk einer einzelnen Klasse sein.

Versiegelte Lippen.

Roman von A. M. Alten.

4 Nachdruck verboten.

Der Winter hatte noch einmal mit Macht eingesetzt, nachdem es ein paar Tage geschienen hatte, als ob es Frühling werden wolle. Ein schneidender Ostwind blies die Dorfstraße hinab, in der der Schlamm des getauten Bodens jetzt wieder zusammenfror. Er zerrte an den kahlen Zweigen der hohen Pappeln, die sie zu beiden Seiten säumte, er vernichtete mit seinem Hauch die zarten, ersten Triebe, die sich in den kleinen Dorfgärten schon hervorgewagt hatten. Die Sonne ging mit rötlichem Schein unter, und als sie verschwunden war, wurde es winterlich kalt.

Marie-Luise von Magnussen lief mit federnden Schritten die Straße entlang. Sie spürte nichts von der Kälte, ihre Wangen blühten rot und ihre Augen glänzten unter dem braunen Kopfschal, der die Fülle des mächtigen, rötlich braunen Haarknotens kaum barg.

Ein paar Bauernfrauen, dicht in ihre Tücher eingenummt, kamen ihr entgegen. Sie rief ihnen ein fröhliches „Gu'n Abend auch" entgegen, ohne auf die Erwiderung zu warten.

Wohlgefällig blickten die beiden Weiber ihr nach.

„Ein braves Mädchen, das Marlieschen," sagte die eine.

„Und Zeit, daß sie einen Mann kriegt," meinte die andere kopfnickend. „Sie geht ja wohl zur Pfarrern?"

„Ja, das soll sie wohl."

„Gotte, das is doch auch nich sehr pläsabel für so'n junges Ding, immer mit die alte Madam."

„Ja, was soll sie denn machen! Is doch nix Junges da für sie. Und denn immer mit dem alten Herrn, der doch auch seine Mucken hat!"

„Nee, pläsabel is das nich, aber sie is ganz fidel dabei."

„Gotte ja, fehlen tut ihr ja auch nichts, und sie weiß es ja auch nich anderst."

Sie blickten noch einmal zurück.

Da trat Marie-Luise gerade in ein kleines Haus ein, das friedlich in einem Vorgarten lag, der wohl im Sommer hübsch und gepflegt sein mochte, jetzt aber ziemlich trostlos aussah. Dafür war das Häuschen desto freundlicher. Dichter Efeu hüllte es wie ein Mantel ein, hinter den spiegelblanken Fenstern leuchteten ebenso blanke Vorhänge, blühte ein üppiger Blumenflor, glänzte das Messingbauer eines Kanarienvogels.

Als Marie-Luise die Tür öffnete, kamen ihr behagliche Wärme und ein angenehmer Duft entgegen. Sie schnupperte in die Luft.

„Ach, Tante Pfarrer backt Kuchen!" Sie öffnete gar nicht erst eine der Türen, die rechts und links in dem sauberen Flur lagen, sondern schritt hindurch und lugte durch die Küchentür. Richtig!

Hier! Da komme ich ja gerade recht."

Die zierliche, alte Dame die am Herd hantierte, richtete sich erfreut auf.

„Du, Marie-Luise? Das ist schön, daß du kommst.

„Tante Pfarrer", rief sie lebhaft, „sein riecht das Sieh mal, wie prachtvoll die Gaudirzkuchen geraten sind! Das ist noch das Rezept deiner seligen Mutter. Warte einen Augenblick, ich bin gleich fertig. Das ist das letzte Blech voll." Sie legte das duftende Gebäck vorsichtig auf eine bereits hochgehäufte Schüssel. „Nun komm, Kind, warm schmecken die am besten. Aber warte, ich hole uns noch eine Flasche von dem spanischen Wein, den Klaus geschickt hat."

„Laß nur, ich hole ihn," rief das junge Mädchen eifrig. „Hinten im Schrank steht ja noch eine angebrochene Flasche, nicht wahr? Und dann komm schnell herein, ich habe dir etwas furchtbar Wichtiges zu erzählen."

„Etwas furchtbar Wichtiges, Kind? Hoffentlich etwas Gutes."

„Ja, freilich, was sehr Gutes! Was ganz Ueberraschendes! Du wirst es nicht raten und wenn du über hundert Jahr rietest!"

Die alte Dame lächelte.

„So viel Zeit hätte ich wohl nicht mehr, Marliese. Aber so lange läßt du mich ja auch gar nicht raten."

Das junge Mädchen lachte. Es war ein frisches, frohes Lachen, ein wahres Kinderlachen. Und als sie dann in der niedrigen Stube zwischen den altmodischen Möbeln der Frau Pfarrerin stand, schien sie fast zu groß für den kleinen Raum. Aber sie war schlank und doch kräftig, rosig, gesund und frisch, ein Bild voll jugendlichen Liebreizes. Mit Behagen knabberte sie mit weißen, festen Zähnen das köstliche Gebäck, während die alte Dame vorsichtig in zwei kleine Spitzgläschen den blutroten Wein eingoß.

„Nun trink, Kindchen. Klaus würde sich freuen, wenn er uns jetzt sehen könnte."

Die Augen des jungen Mädchens senkten sich einen Augenblick. Eine ganz zarte Röte stieg in ihren Schläfen auf, aber nur einen Augenblick lang. Dann nickte sie und lachte.

„Klaus! Ach ja! Und was der wohl zu meiner Neuigkeit sagen wird, Tante!"

„Eine Neuigkeit, die Klaus auch interessiert?" fragte die alte Dame ein wenig gespannt. Sie setzte sich in einen tiefen, bequemen Großvaterstuhl, ergriff das Strickzeug, das gebrauchsfertig davor auf der roten Tischdecke lag, und begann emsig zu stricken.

„Ach, Tante Marie, laß doch das Stricken und hör mir lieber zu."

Die alte Dame lachte.

„Kindchen, Kindchen, du bist ja auch schon ein ganz modernes Mädchen. Stricken ist doch keine Beschäftigung, die einen in irgend etwas stört. Weißt du, wie meine Mutter sagte, wenn wir nur strickten? Stricken allein ist Faullenzen. Aber nun erzähle."

„Rate doch, Tante," sagte Marie-Luise schelmisch. „Was kann es wohl sein?"

„Warum soll ich mich anstrengen?" meinte Frau Pfarrer Ewald lächelnd. „Du wirst mirs ja doch im nächsten Augenblick erzählen."

Die Augen des hübschen, jungen Geschöpfes blitzten freudig, und mit vor Freude beinahe zitternder Stimme sagte sie:

„Denke dir, Tante, denke nur, ich gehe nach Berlin."

Das Strickzeug sank in den Schoß der alten Dame.

„Nach Berlin, Marie-Luise?"

„Ja, da staunst du, nicht wahr? Aber es ist wirklich wahr, Papa hat es erlaubt. Ist das nicht wundervoll! Nein, wie ich mich freue! Wie ich mich freue! Denke dir doch nur, Tante, nach Berlin! Es ist wie ein Märchen. Neunzehn Jahre bin ich nun alt und noch nie in einer großen Stadt gewesen, nicht weiter als bis Eichfelde und einmal einen einzigen Tag in Stettin. Und nun gehts nach Berlin! Und gleich für vier Wochen oder gar für sechs! Und was wird Klaus sagen, Tante! Denk doch nur!"

Die Hände der alten Dame zitterten leise. Es war, als ob sie erschrocken sei.

„Aber wie ist das denn nur gekommen, Kind! Und zu wem gehst du denn da? Ich denke, mit den Berliner Verwandten steht dein Vater nicht?"

Marie-Luise von Magnussen lachte.

„Freilich nicht, er hat sich ja mit allen überworfen. Aber denke dir, heute morgen kam ein Brief, ein Brief von Tante Eleonore, du weißt, die Schwägerin von Papa, die Witwe seines Bruders. Ich kann mich ihrer gar nicht mehr erinnern. Papa sagt, vor zwölf Jahren ist sie einmal bei uns gewesen, in der letzten Zeit, als Mama noch lebte. Und da hat er sich wohl auch mit ihr vermeinigt, der arme Papa, er war damals wohl schwer zu behandeln. Und nun schreibt sie an ihn, sie möchte mich gern kennen lernen und Papa soll mich für ein paar Wochen hinschicken."

„Und dein Papa tut das?" fragte die alte Dame erstaunt.

Marie-Luise lächelte geheimnisvoll.

„Erst wollte er wohl nicht, Tante. Er warf den Brief auf den Tisch, und schimpfte etwas und war sehr zornig. Aber dann nahm er ihn wieder auf und las ihn wieder, und ging im Zimmer so nachdenklich auf und ab, daß sogar seine Pfeife ausging. Und nachher rief er mich und sagte, ich glaube, ich darf dir doch nicht im Wege stehen da, Kind. Er sagte weiter nichts. Aber er denkt, Tante Eleonore würde mir vielleicht etwas schenken oder vererben wollen, weil doch ihr Vermögen von Papas Bruder herstammt, weißt du." (Fortsetzung folgt.)

Alle Volkskräfte in Stadt und Land müssen zusammenwirken, um diesen Zweck möglich bald zu erreichen, alle Wirtschaftsverbände müssen mitarbeiten, um die Wirtschaft auf den Friedensstand zu bringen." Der Artikel warnt auch die bestehenden Arbeiter- und Soldatenräte vor Anordnungen, die geeignet sein könnten, auf diesem Gebiet störend zu wirken. Es heißt dann: „Obwohl wir voraussetzen, daß ein großer Teil der Mitglieder der Arbeiter- u. Soldatenräte durch die gewerkschaftliche Schule gegangen und imstande ist, die für die gegenwärtige Zeit wichtige Entscheidung zu treffen, so dürfen die Gewerkschaftskreise allerorts doch nicht versäumen, mit den Arbeiter- und Soldatenräten Fühlung zu nehmen und sie über die große Bedeutung der Wirtschaftsverbände für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft zu unterrichten. Es handelt sich nicht um einen Ausgleich der Interessen von Unternehmern und Arbeitern, es handelt sich um das ganze Volk in der schwersten Stunde seines Daseins. Wer da mit seiner Entscheidung zögern kann, der hat das Gebot der Stunde nicht begriffen."

— **Keine Textilrohstoffnot.** Trotz der viereinhalbjährigen Blockade sind die in Deutschland vorhandenen Textilrohstoffe noch ausreichend. Durch das Freiwerden der bisher für den militärischen Bedarf benötigten Mengen wird es möglich sein, den Massenbedarf der Bevölkerung an Bekleidungsstücken zu decken. Allerdings muß der größte Teil des Materials erst den Weg durch die Spinnereien, Webereien und die Konfektionswerkstätten zurücklegen, sodaß die fertige Ware naturgemäß erst allmählich in die Hände der Verbraucher kommen kann. Voraussetzung für das Gelingen der Versorgung ist selbstverständlich die ungestörte Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im ganzen Lande und das ungestörte Weiterarbeiten der Reichsbekleidungsstelle und aller Organisationen, die schon bisher mit der Erledigung der Bekleidungsregelung betraut waren.

T.U. **Völlige Einstellung des Schnellzugverkehrs.** Wie die Staatseisenbahn mitteilt, wird von Sonnabend ab zur glatten Durchführung der Demobilisierung der Schnellzugsverkehr völlig eingestellt. Auch im Personenzugverkehr werden einschneidende Einschränkungen zu erwarten sein. Im Güterverkehr werden ebenfalls Einschränkungen notwendig sein; doch werden der Milch- und Nahrungsmitteltransport wie auch die Kohlenzüge unter allen Umständen ohne jede Einschränkung aufrechterhalten werden.

o. **Städtische Berufsberatung.** Wie wir erfahren, wird in den nächsten Tagen hier eine Städtische Beratungsstelle eröffnet. Sie will alle Stellungsuchende und alle, die für Ergreifung eines neuen Berufes oder für Berufswechsel des Rates und der Hülfe bedürfen, durch Rat und Stellennachweis unterstützen. Nähere Angaben erfolgen im Laufe der Woche.

A.G.V. **Die Reichsbekleidungsstelle bei der Verteilung der Textilstoffe.** Der Reichsausschuß für das Schneidergewerbe hat an die Reichsbekleidungsstelle eine Eingabe gerichtet, die sich mit der Regelung der Verteilung der Waren dieser Behörden befaßt. Es wird der Nachweis geführt, daß die Verteilung nicht gerecht erfolgt ist. Von den für die Schneiderei in Betracht kommenden Stellen erhielten: 1. die Vereinigung Deutscher Tuchgroßhändler, Berlin für 2 407 213 ℳ; 2. der Verband Deutscher Tuchgroßversender, München, 2 029 807 ℳ; 3. die Einkaufsgenossenschaft der Vereinigung Deutscher Tuchimporteure, Berlin, 696 768 ℳ; 4. die Zentraleinkaufsstelle Deutscher Schneider-Rohstoffgenossenschaften 7583 ℳ; 5. der Verband süddeutscher Einkaufs- und Lieferungsgenossenschaften, Nürnberg, 760 900 ℳ; 6. die Stoffverteilungsstelle der Deutschen Herrenkleiderfabrikanten, München, 1 454 663 ℳ Stoffe zur Verarbeitung. Es sollen nun nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel die Versorgung der stoffverarbeitenden Gewerbe stattfinden.

c. **Herford im Zeichen der Demobilisierung.** Seit Donnerstag rollt Zug auf Zug durch unsere Station mit Truppen von der Westfront. Vier Millionen sind abzutransportieren; in Aussicht genommen ist, die Hälfte mit der Bahn zu befördern, während der Rest in Marsch gesetzt ist. Seit Freitag bewegen sich auch vielfach Automobilkolonnen die Straße von Bielefeld nach Minden entlang durch unsere Stadt. Flieger sind bereits zu Dutzenden über unsere Stadt hinweg nach Osten gezogen. Auf dem Bahnhof herrscht ein ungewöhnlich reges Leben von Urlaubern und bereits entlassenen Heeresangehörigen.

i. **Evangelisation.** Gestern abend war in der Johanniskirche der 1. Evangelisationsvortrag von Missionsinspektor Hoffmann-Barmen. Eine zahlreiche Zuhörerschaft hatte sich eingefunden und lauschte gespannt, wie der Redner nach Apostelgesch. 16,31 die „wichtigste Frage im Leben" beantwortete. Der Redner verfügt über eine reiche seelsorgerliche Lebenserfahrung und versteht die Herzen und Gewissen seiner Zuhörer anzufassen. Der Besuch der Versammlungen wird für jeden gewinnbringend sein.

g. **Die Vereinigung der Kriegsbeschädigten** für Herford Stadt und Land tagte gestern unter dem Vorsitze des Kameraden Eickmeyer in gut besuchter Versammlung im Brinkmannschen Festsaale. Auch der Soldatenrat hatte Vertreter entsandt. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden wurde zunächst in eingehender Aussprache über den Anschluß der Vereinigung an den Reichsbund der Kriegsbeschädigten verhandelt. Die Vereinigung, die jetzt über 300 Mitglieder zählt, welche bisher keinem größeren Verbande angeschlossen war, ist durch einstimmigen Beschluß der Versammlung dem Reichsbunde beigetreten. Nun galt es, die beiden Ortsvereine Herfords, die neutrale Gruppe mit der Gruppe, die bisher schon dem Reichsbunde angeschlossen war, zu vereinigen. Nach einer kurzen Kommissionsverhandlung beider Vereine wurde eine Einigung erzielt. Vorsitzender des neuen Vereins wurde Kamerad Gravenhorst und sein Stellvertreter Kamerad Stranghöner, 1. Schriftführer Kuhlmann, 2. Schriftf. Tengeler, 1. Kassierer Bokelmann, 2. Kassierer Heidemann. Beisitzer und Kassenprüfer blieben dieselben. Eine gemeinsame Mitgliederversammlung soll schon am nächsten Sonntag stattfinden. Die Vorstände der Ortsgruppen des Landkreises bleiben bestehen. Die Leitung des Bundes soll um Beitragserleichterungen und Bildung eines Gaues Minden-Ravensberg ersucht werden. Nachdem nur noch einige brennende Fragen, wie Vertretung in der Berufsberatungsstelle und Schwerarbeiterzulagen an Kameraden mit künstlichen Gliedern, Schaffung von Bestimmungen zum Schutz der Kriegsverletzten, besonders der Blinden, besprochen waren, wurde die Versammlung, in der die Ortsvereine Herford, Bünde, Enger und Vlotho vertreten waren, mit der Mahnung geschlossen, nun positive Arbeit zu leisten, Mißstände zu beseitigen, um so das Los der Kriegsbeschädigten durch gemeinsame Arbeit zu erleichtern.

Vom gesegneten Schleichhandel.

Ein Landpfarrer veröffentlicht in der „Preuß. Kirchenzeitung" vom 20. 10. folgenden Notschrei:

Zu meinem Landpfarrhause gehört ein großer Garten, in dem neben vielen anderen Obstbäumen siebzehn große Aepfelbäume stehen, die in diesem Jahre überreich tragen. Ich schätze meine voraussichtliche Apfelernte auf vierzig bis fünfzig Zentner.

Die Bestimmungen der Obstbehörden verbieten mir jeglichen Handel mit Obst. Ich darf allein an die zuständige Sammelstelle in der Kreisstadt liefern (abgesehen von Sendungen an Verwandte, die mir auf Antrag seit heute unter gewissen Bedingungen erlaubt sind, und die ich daher noch nicht in den Kreis meiner Betrachtungen ziehen kann). Um aber an die Sammelstelle meine Aepfel senden zu können, muß ich behördlich vorgedruckte und abgestempelte Frachtbriefe haben, da andere Frachtsendungen von der Bahn nicht angenommen werden dürfen. Bei der Kreisstelle für Obst und Gemüse erhielt ich vor einiger Zeit fünf solcher Frachtbriefe und damit die Erlaubnis, meine Aepfel der staatlichen Marmeladenherstellung zuführen zu dürfen. Erschwert wurde dieser Verkehr mit der Sammelstelle dadurch, daß sie mir das Verpackungsmaterial, von dem ich beim gegenwärtigen Mangel nur sehr wenig besitze, nämlich vier Säcke, stets nur sehr allmählich zurückschickte. Um einen Sack habe ich durch Fernsprecher, durch Postkarten und schließlich durch persönliche Vorstellungen zehn Tage kämpfen müssen. Trotz all dieser Schwierigkeiten machte ich von der mir erteilten Erlaubnis zur Versendung an die Sammelstelle so reichlich Gebrauch, daß die Frachtbriefe bald verbraucht waren.

Vor drei Wochen stellte ich daher den Antrag auf Ausstellung neuer Frachtbriefe. Trotz wiederholter Anfragen durch Fernsprecher, durch Postkarten und schließlich durch persönliche Vorstellungen bin ich bis heute noch nicht in den Besitz der Frachtbriefe gelangt und daher nicht in der Lage gewesen, mein Obst auf gesetzmäßigem Wege los zu werden.

Heute sagte ich im Gespräch mit der Sammelstelle am Fernsprecher: „Wenn nicht der gesegnete Schleichhandel wäre, dann hätten in dieser Zeit bei mir viele Zentner Aepfel verfaulen müssen. Damit das nicht geschehe, habe ich inzwischen mein Obst selbstverständlich an Hamster verkauft". Darauf ertönt von der Sammelstelle die klassische Antwort: „Ja, die Leute wollen auch leben" — worauf ich mir nur die schüchterne Erwiderung erlaube: „Das ist doch aber eigentlich nicht der Sinn der behördlichen Verfügungen, daß der Schleichhandel großgezogen werde."

„Die Leute wollen auch leben" — gewiß eine sehr weise Erkenntnis. Wenn man aber die Hamster leben lassen will, soll man ihnen nicht hinterher durch den Gendarm die Aepfel abnehmen lassen, die ich ihnen wegen des Verfagens der Sammelstelle verkauft habe.

Man wird einem Pfarrer vielleicht glauben, wenn er erklärt, daß ihm der Obstverkauf an Hamster nicht sonderlich angenehm ist. Daß ich dabei behördliche Bestimmungen übertrete, habe ich nicht einmal mehr besonders schmerzlich empfunden. Denn daran bin ich gewöhnt. Daran habe ich mich, ob auch unter schmerzlichen Gewissenskämpfen gewöhnen müssen, als ich noch als Großstadtpfarrer für meine hungernden Angehörigen und für mittellose Kranken und für die mir anvertrauten darbenden Diakonissen Lebensmittel auf jede nur mögliche Weise schleichhandeln mußte. In dieser Gewöhnung bin ich geblieben, seit ich vor einem Jahr aufs Land zog und von den Kartoffeln, die ich in jeder Menge bekommen konnte, und von andern Lebensmitteln meinen hungernden Verwandten in der Großstadt verbotenerweise möglichst viel schickte. Es ist mir wahrhaftig nicht leicht geworden, mich zu dieser souveränen Verachtung aller Bestimmungen durchzuringen. Man wird einem Pfarrer das vielleicht nachfühlen können, wenn man einmal an sein persönliches Gewissen, dann aber auch an die Wirkung auf die Moral der Gemeinde denkt. Allmählich aber bin ich, wie viele meiner Amtsbrüder dahin gekommen, daß ich sage: ich frage nicht mehr nach Bestimmungen. Not bricht Eisen. Nach verschiedenen Seiten ist es für mich wie für meine großstädtischen Verwandten gänzlich unmöglich, die Bestimmungen zu befolgen. Ich habe sogar von der Kanzel bereits den Satz gesprochen: „Unser Volk muß durchhalten. Wie wir uns dabei mit den diesem Durchhalten entgegenstehenden Bestimmungen abfinden, das muß jeder mit seinem eigenen Gewissen durchkämpfen". Ich persönlich richte mich nach den Bestimmungen jetzt nur noch unter dem Gesichtspunkte, daß ich mich bei meiner Anstrengung, meine hungernden Verwandten und Bekannten zu versorgen, bemühe, nicht ertappt zu werden. Die einzige Ehrlichkeit, die ich mir in dieser Hinsicht noch bewahrt habe, ist die, daß ichs ehrlich sage, daß ich nicht ehrlich bin.

Was mir bei dem Obstverkauf an die Hamster unangenehm ist, ist allein noch dies, daß ich nicht weiß, ob nicht manche von ihnen meine Aepfel nicht selber verwenden, sondern zu Wucherpreisen weiter verkaufen. Ich lasse mir natürlich mein Obst nie über den Höchstpreis bezahlen. Ich könnte aber ziemlich jeden Preis verlangen und erhalten. Ich könnte aus meinem Obst in diesem Jahre mehrere Tausend Mark verdienen. Ich halte mich aber aus persönlichen sittlichen Erwägungen und aus Rücksicht auf die Moral meiner Gemeinde, der ich in den schwierigen Fragen der Kriegsethik ein sorgsamer Führer sein muß, für verpflichtet, nach dem Satz zu leben, den ich kürzlich von der Kanzel aussprach: „Kriegswucher ist Landesverrat". Die Höchstpreis-Festsetzungen sind die einzigen Bestimmungen, die ich heilig halte. Leicht fällt mir das nicht, denn ich weiß nicht, ob nicht das Geld, das ich zurückweise, obwohl ich es gut gebrauchen könnte, jetzt gewissenlosen wucherischen Schleichhändlern zugute kommt.

Ich verkenne die schwierige Lage nicht, in der sich die Obstbehörden befinden. Aber dieser gegenwärtige Zustand ist unhaltbar und unmoralisch. Entweder man handelt nach dem Grundsatz: „Die Leute wollen auch leben". Dann darf man den privaten Obsthandel nicht verbieten und die Hamsterverträge nicht beschlagnahmen. Oder man gestattet nur den Verkehr mit der Sammelstelle. Dann muß man ihn aber nicht künstlich erschweren und praktisch unmöglich machen, sondern ihn in jeder Beziehung erleichtern und fördern.

Wie die Dinge heute liegen, kann man nur sagen: Gott sei Dank, daß wir ihn haben — den gesegneten Schleichhandel.

Ein Landpfarrer.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

TU. **Berlin,** 17. Nov. An den Litfaßsäulen in Potsdam ist folgender Anschlag zu lesen: Ich bitte die Kameraden der Garnison Potsdam, sich der neuen Reichsregierung zur Verfügung zu stellen. Wir alle wollen das Wohl unseres Vaterlandes und Volkes. — Prinz Eitel Friedrich.

Ein Notschrei der rheinischen Zeitungsverleger.

wtb. **Köln,** 17. Nov. Die „Köln. Ztg." veröffentlicht nachstehenden Funkspruch an alle Zeitungen in den Ländern der Alliierten und an alle Zeitungen in den neutralen Ländern: Die Vertreter der Presse in Köln und im Rheinlande weisen die Zeitungen der ganzen Welt auf die unerträgliche Notlage des Rheinlandes hin, in die sie die harten Waffenstillstandsbedingungen versetzen. Die Herausgabe eines großen Teils des Eisenbahnmaterials verurteilt uns, durch die Erschwerung der Verbindung mit dem Osten zur Hungersnot. Es ist uns außerdem unmöglich, große Besatzungen zu verpflegen. Der Rückzug der Armee durch unser Land beschleunigt außerdem den Verbrauch von Lebensmitteln. Wir bitten im Namen der Menschlichkeit die Presse der ganzen Welt für die bedrohten Rheinlande einzutreten und zu fordern, daß ein durch den langen Krieg schon ganz erschöpftes Land nicht völlig niedergetreten wird. Der freiheitliche Sinn in den alten Kulturländern am Rhein ist in der ganzen Welt bekannt. Schützt uns darum durch die Macht Eures Einflusses vor Gewalttätigkeit und Unmenschlichkeit.

Verein rheinischer Zeitungsverleger.

Revolutions-Bilder.

Zunächst sei noch einiges Neues aus den Revolutionstagen in Kiel nachgetragen.

Prinz Heinrich

von dessen abenteuerlicher Flucht im Automobil nach der dänischen Grenzstadt Vandrup überall gefabelt wurde, ist in Wirklichkeit, wie die „Deutsche Journalpost" erfährt, noch im Lande, und zwar befindet er sich im Schlosse des Herzogs Friedrich Ferdinand in Vogelsang-Grünholz bei Kiel. Der Prinz bestreitet, daß etwa aus seinem Wagen heraus der auf dem Trittbrett des Automobils stehende Matrose — in Wirklichkeit der Marinesoldat Oskar Schlüder aus Eckernförde — erschossen worden sei. Die durch dem Eckernförder Arbeiter- und Soldatenrat geführte Untersuchung hat denn auch ergeben, daß der bedauerliche Zwischenfall, der sich bei der Levensauer Hochbrücke (am Nordostseekanal) zugetragen hat, wie folgt abgespielt hat:

Der prinzliche Wagen wurde von den Mannschaften eines schadhaft gewordenen Lastautos angehalten und der Kraftwagenführer aufgefordert die Panne zu reparieren. Als nach Beendigung der Ausbesserungsarbeiten der Prinz die Erlaubnis bekommen hatte, weiterzufahren, und schon der Motor des prinzlichen Autos wieder in Betrieb war, stellten sich zwei Matrosen, die mit nach Eckernförde wollten, auf die Trittbretter desselben. Ein erneuter Befehl der Soldaten zum Halten wurde im Lärm des rasselnden Motors bei der Abfahrt vom Prinzen überhört. Darauf erfolgten die Schüsse von hinten, denen der schon genannte Marinesoldat zum Opfer fiel. Weiterhin hat der Prinz dem Arbeiter- und Soldatenrat erklärt, daß er sich ohne Umschweife mit der gegenwärtigen Neuregelung solidarisch erkläre. Er hat der Abordnung einen Gruß an seinen Hofmarschall in Kiel aufgetragen und um Einbau einer Küche auf seinem Gut Hemmelmark gebeten, da sich im dortigen Schlosse zur Zeit keine ordentliche Küche befindet. Ferner hat er mitgeteilt, daß sich seines Wissens unter der norwegischen Küste englische Minen befänden, die für alle aus dem Atlantik und dem Mittelmeer zurückkommenden U-Boote schwere Gefahr bringen. Sein Sohn befände sich auf einem U-Boot auf Fahrt. Man möge Schiffe zur Warnung an die norwegische Küste entsenden. Diese letzte Mitteilung des Prinzen wird auf allgemeinem Beschluß an den Arbeiter- und Soldatenrat in Kiel weitergegeben, nicht, wie sich ein Redner äußerte, um den Prinzen zu retten, sondern aller Soldaten wegen. Dem Prinzen wurde gestattet, nach Hemmelmark überzusiedeln. In

Kiel

sind täglich rund 40 000 Mann Marinemannschaften zu verpflegen. Die Besorgnis der Bevölkerung, daß die Vorräte der Schiffe und Kasernen in einigen Tagen zu Ende sein müßten und alsdann Plünderung seitens der Matrosen zu befürchten seien, hat das Reichsmarineamt in Berlin durch die Erklärung zerstreut, daß die Verpflegung der Truppen unter allen Umständen sichergestellt erscheine. — Die Abgabe der Lebensmittelkarten an die Bevölkerung begegnete zunächst einigen Schwierigkeiten, da die weiblichen Angestellten kopflos geworden waren und aus Angst den Ausgabestellen fernblieben. Dem Hamstern ist durch die Einstellung bezw. Beschränkung des Eisenbahnverkehrs endlich ein Riegel vorgeschoben worden. — Die rote Kokarde, die nach Ausbruch der Unruhen vielfach auftauchte, verschwindet in Kiel mehr und mehr, ebenso auch die auffallenden roten Mützenbänder und Mützen. Dafür taucht die deutsche Nationalkokarde in immer größerer Zahl wieder auf und wird von ihren Trägern gegenüber schimpfenden Weibern und den Dreistigkeiten der heranwachsenden Jugend energisch verteidigt. Den Offizieren wurde das Anlegen der Abzeichen sogar zur Pflicht gemacht. Auch die Schiffe haben inzwischen sämtlich wieder die Kriegsflagge gesetzt. Die Fenster der Bürgerhäuser dürfen jetzt am Tage zur Lüftung wieder geöffnet werden. Nachts sind sie dagegen geschlossen zu halten. — Alle Nachrichten über eine angebliche Verbrüderung der deutschen mit der englischen Flotte sind leider hinfällig. Die Beamten der Werften wie auch die Angestellten haben Sitz und Stimme im Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrat verlangt und auch erhalten.

Dänische Annektionsgelüste.

Unter den Dänen dauert die Bewegung auf Annektion des nördlichen Schleswig bis Flensburg fort, und zwar in der Weise, daß sie in diesen zum großen Teil dänisch sprechenden Landesteilen über die Staatszugehörigkeit abstimmen wollen. Demgegenüber wird von den Deutschen geltend gemacht, daß ganz Schleswig-Holstein über die Frage abzustimmen habe. Die Dänen haben im Laufe der Jahre über ein Halbes Hundert Vereinshäuser im nördlichen Schleswig aufgeführt und würden nach Vorschiebung der Grenze bis Flensburg in gleicher Weise die Ausbreitung des Dänentums nach Süden hin weiterführen. Dann würde nach wenigen Jahren auch die Auslieferung weiter Landesteile gefordert werden. Von Seiten aller Schleswig-Holsteinischen Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten, ist daher eine deutsche Abwehrbewegung ins Leben gerufen, an der teilzunehmen ganz Schleswig-Holstein unter dem Rufe „Up ewig ungedeelt!" aufgefordert wird.

Hamburger Revolutionsbilder.

In Hamburg, wo eben der ungekrönte König der größten deutschen Hansastadt, Generaldirektor Albert Ballin zu Grabe getragen wird, sind ebenso wie in Kiel und Berlin unbefugte Gewehre losgegangen, und wie überall so hat es auch hier zunächst geheißen, daß „Kaisertreue" und Jugendwehr eine Gegenrevolution versucht hätten. In Hamburg ist an zwei Stellen das Gegenteil festgestellt worden. Einmal war der revolutionären Wache vor dem Stadthause das Gewehr losgegangen, worauf dies beschossen wurde und unlautere Elemente zu plündern versuchten. In einem anderen Falle der das Hotel „Berliner Hof" am Bahnhof betraf, hatten sich ein Küchen- und ein Fahrstuhljunge im Alter von 15 Jahren das Vergnügen gemacht, vom Dach aus auf die Soldaten zu schießen, worauf das Hotel gestürmt wurde. — Neben den Hamburger Theaters und Kinos mußten im Auftrage des Soldatenrats in Hamburg auch die öffentlichen Häuser schließen. Der Wunsch, daß das Verbot im Verein mit dem des Alkoholausschanks auch für andere Städte ergehen möge, ist wohl allgemein. — Der bedauerliche Vorfall in der Lincolnstraße, wo aus Wohnungen auf die umziehenden Soldaten geschossen sein sollte und daraufhin von mehreren Soldaten zwei Frauen als angeblichen Schuldigen die Hälse durchschnitten wurden, bestätigt sich leider. — Die Umwälzung im sozialdemokratischen Parteiblatt Hamburgs, dem „Hamburger Echo", ist noch nicht beendet, da naturgemäß die Sozialdemokratie nicht damit einverstanden ist, daß die in die Redaktion eingedrungenen Unabhängigen, die es unter dem Titel „Die Rote Fahne" herausgeben, auf die Dauer dort ihr Wesen treiben. Der Fall gibt zugleich einen Fingerzeig für alle die übrigen deutschen Zeitungen, denen während der Revolutionstage in ähnlicher Weise Gewalt angetan worden ist. Die Herren haben offenbar bei ihrem Vorgehen nicht bedacht, daß sie dadurch nicht nur die Interessen der Verleger aufs schwerste schädigen, sondern auch die geistigen Mitarbeiter der Blätter auf die Straße setzen und dem Hungertode preisgeben, ganz abgesehen davon, daß sie eine höchst merkwürdige Auffassung von der Pressefreiheit an den Tag legen. Auch auf die Frage, ob die Revolution in Bezug auf ihre Veröffentlichungen in der Tagespresse nach dem gleichen unanständigen Muster wie die bisherigen Gewalthaber verfahren will, indem sie die kostenlose Aufnahme ihrer seitenlangen Veröffentlichungen verlangt und dadurch nicht nur die Interessen der Verleger gefährdet, sondern auch eine durch die Raumot bedingte Verkürzung der Mitarbeiterhonorare herbeiführt, steht zur Zeit eine befriedigende Antwort noch aus.

Die Bevölkerung von

Lübeck

steht unter dem Eindruck der famosen Heldentaten eines Rechtsanwalts. Der Lübecker Rechtsanwalt Bienert, der den Eindruck hervorrief, als habe er sich der Bewegung angeschlossen, hatte sich dem Soldatenrat zur Verfügung gestellt und bei der Entlassung von Strafgefangenen aus dem Marktallgefängnis mitzuwirken. Der Soldatenrat lehnte dieses freundliche Anerbieten ab. Darauf gelang es dem Rechtsanwalt, sich die Mithilfe von 15 Soldaten zu versichern und mit diesen unternahm er die Entlassung von 34 Strafgefangenen aller Art auf eigener Faust. Er wurde alsbald verhaftet, doch erschienen am gleichen Abend noch eine Anzahl Soldaten in zwei Autos vor dem Gefängnis, die sich zur Verwaltung begaben und die Freilassung des Festgenommenen forderten. Sie drohten mit Gewalt und so kam Bienert wieder frei. Später wurde seine Wiederverhaftung angeordnet und ebenso 24 der durch ihn freigelassenen Strafgefangenen wieder ins Gefängnis gebracht. Bei dieser Gelegenheit erklärte Herr Rechtsanwalt Bienert, daß er gerade im Begriff gewesen sei, dem ganzen Hohen Senat von Lübeck gefangen nehmen zu lassen. Seine Beweggründe sind zur Zeit noch völlig unklar. Die aus Kiel gekommenen Mitglieder des Soldatenrats schüchterten die Bevölkerung durch die Erklärung ein, daß bei dem geringsten Putschversuch rote Kriegsschiffe in die Trave einfahren und die alte Stadt in Trümmern legen würden. — Inzwischen hat die bürgerliche Bevölkerung Lübecks einen Kaufleuten-, Industriellen-, Gewerbetreibenden- Landleute- Gelehrten-, Staats- und Privatbeamten-Rat geschaffen, um auf die Geschicke der alten Hansestadt einen mitbestimmenden Einfluß zu gewinnen. Ihm gehören u. a. der regierende Bürgermeister Eschenburg und die Vorstände der vereinigten Berufe an.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für den Text- und Inseratenteil: Fr. Kuhle, Herford.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unsers lieben Entschlafenen sagen wir unsern

herzlichen Dank.

Familie Wilhelm Niehaus.

Bekanntmachung.

Gelegentlich des Abtransports der Truppen von der Westfront muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß auch unsere Stadt mit Soldaten belegt wird. Es handelt sich nur um eine vorübergehende Einquartierung ohne Verpflegung von einem oder mehreren Tagen.

Wir bitten Quartierangebote am **Montag und Dienstag vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 7 Uhr** mündlich oder schriftlich im Rathaus, Zimmer Nr. 12, abzugeben oder an uns einzureichen.

Die Quartiere sollen nicht zu weit vom Bahnhofe entfernt gelegen sein, auch wird da die Soldaten monate- und jahrelang nicht ins Bett gekommen sind, Wert darauf gelegt, daß möglichst Betten oder Strohsäcke zur Verfügung gestellt werden.

Herford, den 15. November 1918.

Der Magistrat.

Die neuen

Steuergesetze.

Wir halten auf Lager:

Lagerbücher

über den Bestand und den Vertrieb von Luxusgegenständen.

Steuerbücher

über die für Lieferungen von Luxusgegenständen vereinnahmten Entgelte.

Herforder Zeitung für Stadt und Land.

Fernsprecher 83.

Die kluge Hausfrau

benutzt nur noch Schmitz-Bonn's

Wasch- u. Bleichhülfe

Vom Kriegsausschuss unter Nr. 2503 endgültig genehmigt.

Wasch- und Bleichhülfe gibt in Verbindung mit K. A. Seifenpulver blütenweisse Wäsche, ohne sie zu gering ten anzugreifen.

In Paketen zu 30 Pfg. überall erhältlich.

Alleinige Fabrikanten:

Schmitz-Bonn Söhne

chem. Fabrik, Düsseldorf-Reisholz.

Wir übernehmen die

Vermittlung von Anzeigen

für Zeitungen, Zeitschriften usw. jeder Art und an jedem Ort.

Herforder Zeitung für Stadt und Land.

Fernsprecher 83.

Bergleute

darunter einige gute

Zimmerer und Arbeiter

für Erzbergbau sofort gesucht. Zu melden bei

Betriebsleiter Otto Marrè in Dehme,

Haus 153, bei Oeynhausen.

Packpapier

in Bogen haben wir sehr preiswert abzugeben.

Herforder Zeitung für Stadt und Land.

Fernsprecher 83.

Altpapier!

Wir sind ständig Abnehmer von **Altpapier jeder Art** (Zeitungen, Zeitschriften, Prospekte Schulbücher, Geschäftsbücher, Packmaterial, Kartonnagen, benutzte Schreibhefte und Kladden usw. Auf Wunsch erfolgt Abholung aus dem Hause.

Herforder Zeitung für Stadt und Land.

Fernsprecher 83.

Drucksachen aller Art liefert schnell und preiswert

Fernruf 83 Buchdruckerei Fr. Kuhle Rennstr. 29/31

Es ist Herrn Missionsinspektor

Hoffmann-Bremen

trotz der fast völligen Bahnsperre gelungen, nach Herford zu kommen. Die

Evangelisationsversammlungen

finden also vom 17. bis 27. Nov. statt abends 8¼ Uhr in der Johanniskirche und nachm. 3 Uhr in der Waldenruskapelle.

Obst- und Gartenbauverein von Herford.

Versammlung

Dienstag, 19. Nov., abends 8 Uhr, im **Vereinshause**

1. Eingänge.
2. Bericht über die Versammlung in Hagen.
3. Vortrag über Neues im Obstbau.
4. Bericht über Fachschriften.
5. Verlosung.

Der Vorstand.

Nationalliberaler Verein.

Am Dienstag, den 19. November, abends 8 Uhr, findet im Saale des Evang. Vereinshauses eine

Partei-versammlung

statt, in welcher

Reichstagsabgeordneter Th. Meyer

reden wird über

Forderungen der neuen Zeit.

Eine Aussprache wird sich anschließen.

Nicht nur die Mitglieder, sondern alle Freunde der nationalliberalen Partei, Männer u. Frauen, werden dringend eingeladen.

Der Vorstand.

Neu eingetroffen!

Brot-Einwickelpapier

sog. **Butterbrotpapier**

empfiehlt in Rollen

— 100 Blätter zu Mk. 1.10 —

Herforder Zeitung für Stadt u. Land,

Rennstr. 29/31.

Paar.

Zur Uebernahme unserer Agentur suchen wir sofort eine zuverlässige Person.

Herforder Zeitung für Stadt und Land.

Papier-Servietten

hält zum Verkauf:

Buchdruckerei Fr. Kuhle,

Fernspr. 83. :—: Rennstr. 29/31.

Kriegsküche.

Beim Lösen der Marken für die Kriegsküche müssen auf den Kopf folgende Lebensmittelmarken abgegeben werden: für 6 Tage Marken über 3½ Pfund Kartoffeln, für 6 Tage die Hälfte des Fleischkartenwochenabschnittes.

Wer nicht im Besitz von Kartoffelmarken ist, kann einen Teil der bereits eingekellerten Kartoffeln in der Markthalle zurückgeben.

Herford, den 18. November 1918.

Der Magistrat.

Aus dem Felde zurückgekehrt empfiehlt sich als

Heilgehülfe und Masseur

M. Meyer,

Elverdissenstr. 2.

Geld verleiht gegen monatl. Rückzahlung, diskret

H. Blume, Hamburg 5.

Tabak

ähnlichste Feinschnittmischung M. Guttmann's „Goldrose" mit Tabaklauge stark getränkt, das beste, was bisher geleistet wurde. 50 Gramm 70 Pfg. in den einschl. Geschäften erhältlich. Wiederverkäufer verlangen Angebot.

M. Guttmann

Berlin O. 27, Alexanderstr. 22

Eingeführte Reisevertr. gesucht.

Rehpinscher

auf d Namen Puck hörend, schwarz mit Orangegelben Füßen und Brust, ist seit Donnerstag abend abhanden gekommen.

Wiederbr. erh. Belohnung.

Gustav Marmelstein,

Ahmserstraße. 6.

Ordentlicher

Laufbursche

sofort gesucht.

Herforder Blumenhalle

Fr. Sieke.

Kurfürstenstraße 14

Maurer

sucht

Bernhard Breder.

Sucht zum 1. Dez. oder später freundl. junges

Mädchen

zu 3jährigem Kinde. Selbiges muß nähen und plätten können und etwas Hausarbeit übernehmen. Meldungen nachm. 1—3 Uhr, abends nach 7 Uhr.

Frau Emil Wein erg.

Mindenerstraße 8.

Fabikräume

zum 1. Juli zu mieten.

Angebote mit Preis an die Geschäftsst. d. Ztg. u. Nr. 2957.

Kaufen

Borsten,

beschlagnahmefreies

Roßhaar.

Kavemaberger Kehrbesenfabrik,

Westerenger, Kr. Herford.

Kaufruf.

Da mit Rücksicht auf die herrschenden Verkehrsschwierigkeiten eine Besserung der Kohlenversorgung in den nächsten Tagen hier nicht zu erwarten steht und zu befürchten ist, daß eine Reihe von Haushaltungen trotz der herrschenden Kälte ohne jegliches Brennmaterial ist, richten wir an alle diejenigen Haushaltungen, die noch für längere Zeit mit Kohlen oder Koks versorgt sind, die dringende Bitte, einen Teil der Brennstoffe für die Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Mitteilungen über die freigegebenen Mengen sind schriftlich oder mündlich sofort an das Rathaus, Zimmer Nr. 109, erbeten. Ueber die abgegebene Menge werden Bescheinigungen ausgestellt und bei stärkerer Kohlenzufuhr können die gleichen Mengen wieder bezogen werden.

Sollte eine freiwillige Ablieferung keinen genügenden Erfolg versprechen, so müßte auf Grund von Kellerrevisionen eine Beschlagnahme größerer Kohlenmengen erfolgen.

Herford, den 18. November 1918.

Ortskohlenstelle. Werner.

Arbeiter- und Soldatenrat. Schlüter.

Kartoffeln.

Bei uns gehen fortgesetzt Gesuche von Haushaltungen ein, die über den schlechten Zustand der erhaltenen Kartoffeln Beschwerde führen. Einzelne Gesuchsteller beantragen sogar Ersatz für die erhaltenen Kartoffeln.

Alle diese Gesuche können von uns unter keinen Umständen Berücksichtigung finden.

Abgesehen davon, daß jeder bei dem Kauf zugegen sein und die Kartoffeln vorher sehen kann, würden wir bei der Verteilung der uns zur Verfügung stehenden Mengen auch nicht auskommen, da uns die Kartoffelmengen nach der Einwohnerzahl genau zugeteilt sind.

Herford, den 18. November 1918.

Lebensmittelamt.

Werner, Bürgermeister, Horst, Beirat.

Lebensmittelmarken.

Die Haushaltungen, die ihre Lebensmittelmarken am Mittwoch, den 20. November ds. Js., (Buß- und Bettag) erhalten würden, erhalten die Brotmarken am Montag, den 25. November d. Js., im Bürgerverein.

Herford, den 16. November 1918.

Der Magistrat.

Kohlen.

(Verkauf auf Kundenliste.

Auf Kohlenmarke Nr. 13 kann ein Zentner Kohlen gekauft werden.

Die alten Kohlenmarken bleiben in Gültigkeit und sind vorzugsweise zu beliefern.

Herford, den 16. November 1918.

Der Magistrat.

Kunsthonig.

(Verkauf auf Kundenliste.)

In den Geschäften kann vom Dienstag, den 19. November 1918, ab auf die Marmeladenmarke Nr. 5

je ½ Pfund Kunsthonig zu 40 Pfg.

gekauft werden.

Die Marken müssen bis zum 25. November eingelöst sein. Die Geschäfte haben die Marken aufgeklebt bis zum 27. November im Rathaus, Zimmer Nr. 37, abzuliefern.

Herford, den 16. November 1918.

Der Magistrat.

Eierausgabe an Kranke.

In der **Turnhalle am Wilhelmsplatz** werden am Dienstag, den 19. November 1918, vormittags von 9—10 Uhr,

Eier, das Stück zu 32 Pfg.,

für die Wochen bis 14. Dezember 1918 an die Inhaber von Sonderbezugsbescheinigung für Kranke verkauft.

Beim Kaufe sind die Sonderbezugsbescheinigungen vorzulegen. Das Geld ist abgezählt bereitzuhalten.

Herford, den 16. November 1918.

Der Magistrat.

Ausgabe an Oel.

Haushaltungen, die für den im Kornhaus abgelieferten Oelsamen die ihnen zustehenden Oelmengen noch nicht erhalten haben, müssen sich vorläufig noch drei bis vier Wochen gedulden.

Herford, den 15. November 1918.

Der Magistrat.

Weißkohl.

Wir richten an alle Haushaltungen die Bitte, bei dem zeitig reichlichen Angebot in Weißkohl große Mengen einzumachen.

Weißkohl ist in großen Mengen in der Markthalle zu kaufen.

Herford, den 14. November 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Das am 27. Juli 1917 gegen den Kaufmann August Schiermeyer hierselbst erlassene Handelsverbot wird hiermit zurückgenommen.

Herford, den 14. November 1918.

Die Polizei-Verwaltung.

Busse.

Bekanntmachung.

Das am 9. Oktober 1918 gegen den Bäckermeister Carl Joly erlassene Handelsverbot wird hiermit aufgehoben.

Herford, den 14. November 1918.

Die Polizei-Verwaltung.

Busse.

Fleischversorgung.

In der Woche vom 21.—27. November 1918 gelangt an die Verbraucher kein Fleisch zur Abgabe.

Mehllieferung als Ersatz für Fleisch.

Die Fleischversorgungsberechtigten erhalten als Ersatz für den Fleischausfall in der fleischlosen Woche vom 21. bis 27. November bei den Mehlhändlern und Bäckern des Kreises auf die Fleischkarte der Woche 40, die den Aufdruck „Fleischlose Woche" trägt,

200 Gr. Mehl.

Der Preis beträgt 10 Pfg. für 200 Gr. Roggenmehl und 12 Pfg. für 200 Gr. Weizenmehl.

Die Marken dürfen nach dem 24. November 1918 nicht mehr beliefert werden. Sie müssen von den Mehlhändlern und Bäckern am Montag, den 25. November 1918 mit den Mehlverbrauchsanzeigen den Aemtern im Landkreise eingereicht werden; später eingehende Marken werden nicht gutgeschrieben.

Herford, den 15. November 1918.

Der Kreisausschuß.

Der Kleinhandelspreis für Zucker

wird für den Landkreis Herford nach Anhörung der Preisprüfungsstelle wie folgt festgesetzt:

für Melis 52 Pfg. für das Pfund
für Brote 54 Pfg. für das Pfund
und für Würfel 56 Pfg. für das Pfund,

Herford, den 13. November 1918.

Der Kreisausschuß.

Bekanntmachung

für die Woche vom 17. bis 23. November 1918.

1. **Fett:** wie gewöhnlich. Rüstungs- und Schwerstarbeiter: auf Abschnitt 4 der Zusatzfettkarte außerdem 30 Gr. Butter.

2. Magere oder Buttermilch: wie gewöhnlich täglich ein Sechstel Liter Magere oder Buttermilch.

Es wird darauf hingewiesen, daß Milch im Haushalt aus Gesundheitsrücksichten sofort abzukochen ist.

Während der Geltungsdauer der zur Ausgabe gelangenden Fettkarten (24. 11.—21. 12. 1918) gelten in jedem ziegenhaltenden Haushalt soviel Haushaltungsangehörige als aus dem Milchertrag der eigenen Ziegenhaltung ausreichend versorgt, als Milchziegen vorhanden sind.

3. **Eier:** Eier werden bis auf weiteres nicht mehr geliefert.

4. **Fleisch:** Fleischlose Woche. Auf die Abschnitte der Fleischkarte mit der Aufschrift: „Fürstentum Lippe. Woche vom 18.—24. November fleischlos" können je 125 Gr. Roggenschrotmehl in den Bäckereien und Mehlverkaufsstellen bezogen werden. An die Inhaber dieser Verkaufsstellen ergeht hiermit die Aufforderung zur Entgegennahme dieser Fleischkartenabschnitte, Ausgabe der Mehlmengen und demnächstigen Einsendung zwecks Verrechnung.

5. **Geflügelfutter:** Futterkarten-Abschnitt 17.—23. November 1918: 100 Gr. Geflügelfutter.

6. **Fremden-Nahrungsmittel:** wie gewöhnlich.

7. **Süßstoff:** Süßstoff wird für Monat November nicht ausgegeben.

8. Kaffee-Ersatzmittel: Auf Kaufabschnitte D 41 der Nahrungsmittelkarten 500 Gr. entweder aus Getreide oder Malz oder andere Kaffee-Ersatzmittel zu den festgesetzten Preisen in sämtlichen Kleinhandlungen (für Monat November).

Lemgo, den 16. November 1918.

Lippische Wirtschaftsgemeinschaft.
Der Vorsitzende: Kümme.